

Franck, Christian

Article — Digitized Version

US-Direktinvestitionen in der EWG

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Franck, Christian (1966) : US-Direktinvestitionen in der EWG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 7, pp. 386-388

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133615>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

AUSSENHANDEL MUSS BERÜCKSICHTIGT WERDEN

Mit diesen Überlegungen soll keineswegs einer Politik des Geldwertschwundes das Wort geredet oder die Produktivitätsregel in Bausch und Bogen für wertlos erklärt werden. Ihre theoretische und praktische Bedeutung für die Wirtschaftspolitik könnte aber vielleicht erhöht werden, wenn nicht die Produktivität isoliert verwendet, sondern wenn die Existenz des Außenhandels mit berücksichtigt würde. Bei einer idealen Stabilisierungs- und Lohnpolitik müßte also eine Vorausschätzung der Außenhandelsentwicklung stattfinden — selbstverständlich, indem verschiedene Hypothesen der inländischen Preisentwicklung für die gleiche Periode zugrunde gelegt werden. Dies ergäbe, ob der Volkswirtschaft für diesen Zeitraum zusätzliche Güter zur Verwendung zufließen oder ob ihr solche entzogen werden. Dieser Außenhandelseffekt wäre je

nach Lage und wirtschaftspolitischer Zielsetzung zu verteilen auf einen, auf mehrere oder auf alle Bereiche der Verwendung des Sozialprodukts. Die so auf Grund des Außenhandelseffektes gewonnenen Veränderungsdaten der einzelnen Bereiche bilden dann erst den Ausgangspunkt für die Anwendung der Produktivitätsregel. Das Endergebnis wird dann für jeden Bereich größer oder kleiner oder gleich der Wachstumsrate des Sozialprodukts sein (und nur bei einem vollständigen Gleichgewicht der Leistungsbilanz mit ihr zusammenfallen).

Wirtschaftspolitische Empfehlungen könnten auf diese Weise an Wirklichkeitsnähe gewinnen. Jedenfalls sollte es denen, die sie geben, nicht erlaubt sein, von der Existenz des Außenhandels zu abstrahieren, sei es auch nur in der Form, daß ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht für die betreffende Periode einfach unterstellt wird.

US-Direktinvestitionen in der EWG

Christian Franck, Köln

Trotz aller Bemühungen der amerikanischen Regierung um eine Beschränkung der industriellen Investitionen im Ausland hält der Drang der amerikanischen Industrie, in Europa zu investieren, an. Bevorzugtes Einzugsgebiet bleiben neben Großbritannien die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, allen voran die Bundesrepublik. Bereits heute lassen Angaben des US-Handelsministeriums für den EWG-Markt 1966 eine Steigerung um mehr als 40 % des Vorjahreswertes erkennen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen auch auf EWG-Ebene verstärkt an Bedeutung gewinnt. Die nationalen Diskussionen um die Auswirkungen der von Jahr zu Jahr steigenden US-Investitionen sind bereits seit einiger Zeit in vollem Gange. Sie werden durch spektakuläre Einzelercheinungen immer wieder angeheizt und leiden häufig unter einer unsachlichen Vermengung ökonomischer, sozialer und politischer Kriterien. Nur allzu oft bestimmen falsche Vorstellungen über das Ausmaß und die Bedeutung der amerikanischen Investitionen die nationalen Reaktionen. Die Gespenster der Überfremdung und des Ausverkaufs erhitzen die Gemüter und verzerren die eigentliche Problematik. In der Bundesrepublik stehen Wirtschaft und Öffentlichkeit den amerikanischen Investitionen bisher im allgemeinen zwar noch recht aufgeschlossen gegenüber. Aber das jüngste Unbehagen über das Phänomen der scheinbar „müden“ deutschen Unternehmer — das ja die Amerikaner geradezu zum Aufkauf auffordert — läßt auch in Deutschland neue Animositäten erwarten.

In dieser Situation der weitverbreiteten Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Beurteilung der

ausländischen, insbesondere der amerikanischen Direktinvestitionen, fehlte eine exakte, ökonomisch-rationale Analyse der tatsächlichen Problematik. Diese Lücke schließt nunmehr ein Buch, das unter dem Titel „Amerika auf dem Europamarkt“ erschienen ist.¹⁾ Der Verfasser, Rainer Hellmann, entwickelt auf der Grundlage einer sorgfältigen Darstellung der Größenordnung der bisherigen amerikanischen Investitionen in Europa sowie der einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Problematik einen wirtschaftspolitischen Rahmen, innerhalb dessen die nationale, aber vor allem die gemeinschaftliche EWG-Wirtschaftspolitik tätig werden muß. Dabei wird deutlich — was der Verfasser bereits in der Einleitung zu seinem Buch betont —, wie stark die Kenntnis der ökonomischen und wirtschaftspolitischen Fakten den für politische Entscheidungen verbleibenden Spielraum eingrenzt und zu einer Entschärfung der politischen Stimmungen führen muß.

Hellmann selbst beschränkt sich auf die Probleme des Vorfeldes zur eigentlichen politischen Hauptfrage: Soll „Europa zu einer eigenständigen weltpolitischen Einflußsphäre werden“ oder soll „es seine politische Bestimmung in atlantischer Partnerschaft mit den USA finden“?

ABLEHNUNG VON US-INVESTITIONEN POLITISCH BEGRÜNDET

Die besondere Empfindlichkeit in Europa gegenüber Investitionen von US-Gesellschaften resultiert in erster Linie aus politischen und erst in zweiter Linie aus wirtschaftlichen Bedenken. Sie wird aus der Weltmacht-

¹⁾ Rainer Hellmann: Amerika auf dem Europamarkt — US-Direktinvestitionen im Gemeinsamen Markt. Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Baden-Baden 1966.

stellung der USA erklärt, die militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Lage ist, ihren Einfluß auf jeden europäischen Einzelstaat und auf die EWG in ihrer Gesamtheit auszuüben.

Ausmaß und Struktur der amerikanischen Investitionen innerhalb der EWG üben einen ständig wachsenden Zwang auf die Verwirklichung der Wirtschaftsunion als Erweiterung der Zollunion aus. Die souveränen einzelstaatlichen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik entbehren heute bereits weitgehend eines fundamentalen Grundsatzes rationaler Wirtschaftspolitik: Das Zweck-Mittel-Verhältnis ist nicht mehr eng genug. Das gilt für die Bereiche der Konjunktur- und Krisenpolitik, der Struktur- und Regionalpolitik ebenso wie für die Wirtschaftsordnungspolitik, die Wettbewerbs- und Konzentrationspolitik und die Kapitalmarktpolitik. Hier setzt bereits wirtschaftliches Eigeninteresse eine gemeinsame EWG-Politik voraus. Auch um eine gemeinsame Antwort auf das Problem der US-Investitionen kommen die EWG-Staaten nicht mehr herum. Insbesondere, wenn sie am Ende der Übergangszeit, bis spätestens 1970, als wirtschaftliche Einheit auftreten wollen.

Wenn auch der Anteil der US-Investitionen gegenwärtig nur 6 bis 7% an den Investitionen der verarbeitenden Industrie einschließlich Erdöl in der EWG erreicht (in Großbritannien 16%²⁾), so ist damit nach Ansicht Hellmanns jedoch bereits eine „Grenzmenge“

²⁾ Auf die einzelnen EWG-Länder verteilen sich die US-Investitionen Ende 1964 (Gesamtwert 5,4 Mrd. US-\$) wie folgt: Bundesrepublik 38,5%, Frankreich 26,6%, Beneluxländer 19,3% und Italien 15,6%.

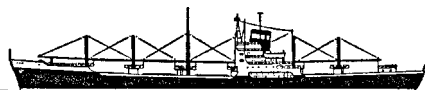
erreicht, deren Verhalten durchaus die europäischen Entwicklungen beeinflussen oder gar mitbestimmen kann.

Der Objektivierung von Größenordnung und Struktur der amerikanischen Direktinvestitionen in der EWG sowie ihrer Auswirkung auf die europäischen Geschäfts- und Führungsmethoden, des wirtschaftlichen und betrieblichen Lebens und den technischen Fortschritt folgt die wichtige Auseinandersetzung mit der Frage nach der Rolle der US-Firmen in der europäischen Wirtschaftspolitik. Hier liegt eine Kernfrage der gesamten Problematik. Inwieweit können oder sollen sich ausländische Unternehmen den Zielen der nationalen Wirtschaftspolitik ihres Gastlandes oder einer Wirtschaftsgemeinschaft unterordnen? In einer liberalen Wirtschaftsordnung sind hier in der Tat enge Grenzen gesetzt.

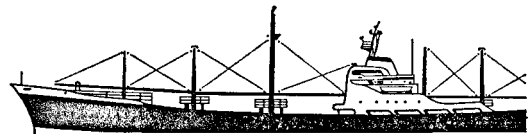
Immerhin verbleibt insbesondere der EWG-Wirtschaftspolitik ein wichtiges Feld zur aktiven Beeinflussung der Auslandsinvestitionen. Eine gemeinsame Politik darf keine „organisierte Verteidigung“ werden — sie muß liberal und aktiv sein. Schon aus eigenem Interesse. Dabei wird sie um so liberaler ausfallen können, desto stärker die Gemeinschaft ist. Eine wirtschaftlich und politisch handlungsfähige Einheit, eine politische Struktur, die den Unternehmen Möglichkeiten und Anreiz zum Operieren auf Gemeinschaftsebene oder zum Zusammenfassen ihrer Kräfte bietet, wird den Verzicht auf reine Abwehrreaktionen leichter fallenlassen.

Der Weg dorthin ist bereits vorgezeichnet. Er ist aber durch den Rückstand der europäischen Unternehmens-

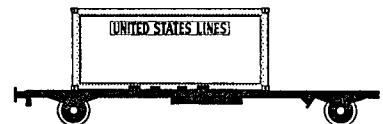
USL 69



Gut verpackt auf der Atlantik-Route



Paletten, portable tanks, Cooltainer und Container stehen für schnellen, sicheren Transport zur Verfügung. Unsere Schiffe sind mit Kühl- und Tiefkühlräumen ausgestattet. Speditoren und die United States Lines arbeiten gemeinsam im Nordatlantikverkehr.



Fracht-Schnelldienste nach New York und Außenhäfen von Bremen und Hamburg.
Hamburg — New York in 9-10 Tagen. — Fragen Sie Ihren Spediteur!



United States Lines

Hamburg: Telefon 321671 • Fernschreiber 0212873 Bremen: Telefon 30 08 11-17 • Fernschreiber 024 4307 Bremerhaven: Telefon 4 69 51 • Fernschreiber 023 8716

konzentration und der europäischen Forschung, durch Wechselkursdisparitäten, Steuerverzerrungen sowie Raumordnungsprobleme erschwert. Hellmann hat ihre jeweilige Bedeutung sorgfältig analysiert und Lösungs- und Abhilfemaßnahmen aufgezeigt.

GEMEINSCHAFTSPOLITIK ERFORDERLICH

Für die unmittelbare Zukunft kommt es zunächst darauf an, die — durch EWG-Vertrag und integrationsinduzierte wirtschaftliche Veränderungen — eingeschränkte nationale Autonomie durch eine Gemeinschaftspolitik zu ersetzen. Die indirekte Einengung des nationalen Entscheidungsspielraums hinsichtlich der Zulassung und Kontrolle von Drittlandsniederlassungen erfolgt auf drei Wegen:

- Durch die Niederlassungsfreiheit, die sich die EWG-Staaten untereinander zugestehen. Sie kommt auch indirekt den in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Drittlandsgesellschaften zugute.
- Durch den freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, in deren Genuß auch die Drittlandsgesellschaften innerhalb der EWG gelangen.
- Durch den Übergang der Zollautonomie von den Einzelstaaten auf die Gemeinschaft.

Das bisherige Ergebnis dieses Zusammenwirkens von Niederlassungs- und Warenverkehrsbestimmungen des EWG-Vertrages ist unbefriedigend und widersprüchlich. Die Niederlassungsgenehmigung für ein Drittlandsunternehmen in einem EWG-Land fällt ausschließlich in den Entscheidungsbereich der nationalen Behörden dieses Staates. Sie können unabhängig, nach rein nationalen Gesichtspunkten entscheiden. Die Auswirkungen einer Niederlassungsentscheidung aber werden von der gesamten Wirtschaftsgemeinschaft getragen — als Folge der indirekten Niederlassungsfreiheit oder des freien Warenverkehrs.

Damit ist objektiv die Notwendigkeit einer gemeinsamen Haltung gegenüber Auslandsinvestitionen im Rahmen einer Niederlassungspolitik der EWG gegeben. Ansatzpunkte sind die nationalen Niederlassungs- und Kapitalverkehrsbestimmungen. Die EWG-Kommission, lange Zeit sehr zurückhaltend in dieser Frage, hat im Oktober 1965 vorgeschlagen, mindestens einmal im Jahr Konsultationen über die Auswirkungen der Auslandsinvestitionen in der EWG abzuhalten und gegebenenfalls einheitliche Verhaltensregeln fest-

zulegen. An eine Sonderbehandlung der US-Investitionen ist selbstverständlich nicht gedacht. Sie gehören trotz ihrer Größenordnung in den Gesamtrahmen der ausländischen Kapitalanlagen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Daß die EWG-Kommission die amerikanische Herausforderung zum Wettbewerb anzunehmen bereit ist, unterstreicht auch ihre Politik der Unternehmenskonzentration und die Konzeption einer europäischen Gesellschaftsform für Unternehmen. Sie ist damit auf dem besten Wege, die Ursachen der europäischen Furcht und Konkurrenzangst vor Amerika durch Verbesserung und Stärkung der Wettbewerbsstellung der EWG-Industrien zu beseitigen.

Doch auch den Amerikanern stellen sich beim Wettbewerb auf dem europäischen Markt Aufgaben. Hellmann unterstreicht die Notwendigkeit, daß sowohl die US-Muttergesellschaften als auch die amerikanische Regierung die schrittweise Integration der amerikanischen Tochtergesellschaften fördern müssen. Auf lange Sicht bedeutet das:

- Verzicht auf die Ausübung von Hoheitsrechten der amerikanischen Regierung über die US-Töchter in Europa.
- Verselbständigung der Aktien der amerikanischen Tochtergesellschaften durch Angebot der Aktien auf dem europäischen Markt.

Eine derartige — nur langfristig zu erreichende — Europäisierung der amerikanischen Investitionen würde eine Parallele zu der Amerikanisierung der europäischen Investitionen im 19. Jahrhundert in Amerika schaffen. Damals hatte Europa als dominierende Wirtschaft einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Amerikas geleistet, der auf mindestens 15 % geschätzt wird. Der dynamische amerikanische Pioniergeist hat diesen Anteil allerdings rasch zusammenschmelzen lassen. Europa hat heute die Chance, die amerikanische Überlegenheit als Herausforderung zu verstärktem eigenem Wachstum und Wohlstand anzunehmen. Voraussetzung allerdings ist eine sachliche Zurückführung des Problems der Auslandsinvestitionen auf seine ökonomischen Grundlagen. Die Entschleierung dieser Grundlagen von politisch-ideologischen Zwangsvorstellungen hilft den Weg zu einer zukunftsweisenden Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten zu finden.

US-Direktinvestitionen in den EWG-Ländern

Land	Landesanteil der US-Direktinvestitionen in %		Landesanteil am EWG-Sozialprodukt in % 1964	Landesanteil an der EWG-Bevölkerung in % Ende 1964	Investierte US-Dollar je Kopf der Bevölkerung 1964
	1958	1964			
Bundesrepublik	34,8	38,5	37,8	32,5	36
Frankreich	28,7	26,6	32,2	27,0	30
Italien	14,7	15,6	18,1	28,3	16
Niederlande	10,9	10,9	6,1	6,8	48
Belgien/Luxemburg	10,9	8,4	5,8	5,4	46
EWG	100	100	100	100	30

Quelle: R. Hellmann: Amerika auf dem Europamarkt, a. a. O., S. 49.